

Der Landarzt kommt regelmäßig. Im Fernsehen.

Und mit der FDP auch wieder im
ländlichen Raum!

Die CSU hat gerne alles im Blick. Auch Ihre Festplatte!

Unsere Gesundheitspolitik:

Die Grenzen einer ausschließlich auf Kostendämpfung ausgerichteten Gesundheitspolitik werden überall deutlich sichtbar. Das System ist undurchschaubar geworden, und die Budgetierung hat zu einer verdeckten Rationierung geführt. Die Heilberufe müssen einen unvertretbar hohen Anteil ihrer Arbeitszeit auf die Erfüllung bürokratischer Pflichten verwenden, der ihnen für die Betreuung ihrer Patienten fehlt. Die Folgen der von der CSU mitbeschlossenen Gesundheitsreform sind für die Patienten und für die Heilberufe in Bayern gleichermaßen verheerend: Die Beiträge steigen und die Heilberufe sehen keine ausreichende Perspektive mehr für sich. Dies führt zu Ärztemangel und einer massiven Verschlechterung der wohnortnahen Gesundheitsversorgung in Bayern. Die FDP will diesen Weg in die Staatsmedizin stoppen und ein freiheitliches Gesundheitswesen auf den Weg bringen, das wieder freie Patienten und freie Heilberufe in den Mittelpunkt stellt. Die bayerische FDP will die Verbesserung der Qualitätssicherung in Alten- und Pflegeheimen, in Verbindung mit einer Gesundheitsförderung sowie Personal- und Organisationsentwicklung im Pflege- und Servicebereich. Eine menschenwürdige Betreuung muss sichergestellt werden. Mit der Einhaltung und Umsetzung des Leitsatzes „Ambulant vor Stationär“ sollen innovative Konzepte, wie z.B. Seniorenwohngemeinschaften und betreutes Wohnen gefördert werden.

Wir wollen:

- die Einführung des Gesundheitsfonds stoppen, da er nur neue Bürokratie schafft und Bayern allein im Bereich der ambulanten Versorgung jährlich mindestens 500 Millionen Euro entzieht.
- die Sonderabgabe für Krankenhäuser und Kliniken in Höhe von 250 Millionen Euro jährlich abschaffen, da sie gerade in Bayern kleinere Kliniken und Krankenhäuser in ihrer Existenz bedroht.
- mehr Verhandlungsspielraum und Gleichberechtigung der freien Heilberufe bei den Vertragsverhandlungen mit den Krankenkassen.
- eine nachhaltige Reduzierung der Bürokratie im gesamten Gesundheitswesen.
- den Erhalt der flächendeckenden Versorgung durch Haus- und Fachärzte.
- die Beendigung der patientenfeindlichen Budgetierung.
- die flächendeckende Versorgung mit Arzneimitteln durch inhabergeführte Apotheken.
- die Würde des Menschen als obersten Grundsatz im Bereich der Pflege verankern.
- eine Verbesserung der Qualitätssicherung in Alten- und Pflegeheimen, damit eine menschenwürdige Betreuung sichergestellt ist.

Unsere Bürgerrechtspolitik:

Sicherheit in Freiheit ist die liberale Grundüberzeugung für eine vernünftige Innen- und Rechtspolitik. Das Vorgehen des Staates gegen Kriminalität und Terrorismus muss sich immer an den Grund- und Freiheitsrechten messen lassen. Eine Sicherheitspolitik einseitig zu Lasten der Freiheit stärkt das Misstrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat. Sie dürfen nicht unter Pauschalverdacht gestellt werden. Die bayerische FDP stemmt sich mit Nachdruck gegen diese Entwicklung, die den demokratischen Rechtsstaat immer stärker in Richtung eines Überwachungsstaats verändert. Der Vollzug bestehender Gesetze mit einer modern ausgestatteten Polizei hat für die FDP absolut Vorrang. Bayern braucht keine neuen Gesetze, sondern eine funktionsfähige Polizei, u. a. mit Digitalfunk. Der zunehmenden Bevormundung und Gängelung des Bürgers muss Einhalt geboten werden. Die Liberalen setzen sich für eine Absenkung der Hürden für die direkte Demokratie in Bayern ein und fordern mehr Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger in kommunalen Selbstverwaltungsorganen. Außerdem setzt sich die bayerische FDP für gerechtere Verfahren bei der Ermittlung der Sitzverteilung nach Wahlen in den kommunalen Selbstverwaltungsgremien ein.

Wir wollen:

- keine Privatisierung der öffentlichen Sicherheit zugunsten privater Sicherheitsdienste oder von „Bürgerwehren“.
- die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien bei der Bekämpfung des Terrorismus.
- Videoüberwachung nur an bestimmten öffentlichen Gefährdungsräumen mit klarer Kennzeichnung und Löschung innerhalb von 48 Stunden.
- keine heimliche Online-Durchsuchung privater PCs.
- keine landesweite zentrale Schülerdatenbank.
- die Begrenzung der ausufernden Telefonüberwachung auf das absolut Notwendige.
- den Stopp der generellen Kfz-Kennzeichenerfassung.
- die Rücknahme des neuen obrigkeitsstaatlichen bayerischen Versammlungsrechts.
- eine verbesserte Personalausstattung bei Polizei, Justiz und Staatsanwaltschaften speziell zur Bekämpfung der Jugendkriminalität.
- einen strikten Nichtraucherschutz in öffentlichen Gebäuden und Verkehrsmitteln, jedoch in Hotels und Gaststätten die Möglichkeit zur Einrichtung separater Raucherräume sowie die Entscheidungsfreiheit von Wirten kleinerer Einraumkneipen, ob bei ihnen geraucht werden darf oder nicht.

Das Kontrast- programm 2008 Perspektiven für Bayern

Der deutlichste
Kontrast zu Schwarz.





Freiwillige Steuerwehr.

Gegen die Belastung der unteren und
mittleren Einkommensschichten!

Für die Bildung Ihrer Kinder sehen Sie schwarz?

Wir auch. Es sei denn, Sie wählen Gelb!

FDP Bayern

Rindermarkt 6, 80331 München

Telefon 089/126009-0
Telefax 089/126009-30

mail@fdp-bayern.de
www.fdp-bayern.de

So wählen Sie richtig:

Am 28. September finden die Wahlen zum Bayerischen Landtag statt. Für diese Wahl haben Sie zwei Stimmen zu vergeben. Im Gegensatz zur Bundestagswahl werden beide Stimmen zusammen gezählt.



⌗ Mit der Erststimme wählen Sie Ihren FDP Kandidaten im Stimmkreis direkt in den bayerischen Landtag.

⌗ Mit der Zweitstimme wählen Sie einen weiteren Kandidaten der FDP in Ihrem Wahlkreis (Regierungsbezirk).

Beide Stimmen, Erst- und Zweitstimme, entscheiden über den Einzug der FDP in den Landtag, anders als bei der Bundestagswahl.

Stärken Sie die bayerische Demokratie. Wählen Sie am 28. September mit Ihrer Erst- und Zweitstimme die bayerische FDP.

Der deutlichste Kontrast zu Schwarz.



Liebe Bürgerinnen und Bürger in Bayern,

die FDP will gleiche Chancen für alle Einwohner des Freistaates sichern. Bayern steht in den nächsten Jahren vor großen Herausforderungen. Die Schulen und Hochschulen für unsere Kinder müssen bestmöglich ausgestattet, die Berufs- und Bildungschancen für die Jugend verbessert werden. Die Gesundheitsversorgung muss auch in den ländlichen Regionen Bayerns sichergestellt werden, damit überall im Freistaat gleichwertige Lebensverhältnisse gegeben sind. Der Mittelstand, das Handwerk und die Freien Berufe müssen wieder in den Mittelpunkt der Wirtschafts- und Finanzpolitik rücken, damit die Menschen endlich mehr Netto erhalten und auch in Zukunft Arbeitsplätze entstehen. In der Gesellschaftspolitik müssen die bürgerlichen Freiheitsrechte dringend wieder Gewicht bekommen sowie die zunehmende Bevormundung und Gängelung der Menschen durch den Staat beendet werden. Die absolute Mehrheit im Landtag hat nach mehr als vier Jahrzehnten die Kraft verloren, Bayern auf wichtigen Gebieten zu erneuern und die bayerischen Interessen in Berlin angemessen zu vertreten. Viele Entscheidungen werden über die Köpfe der Menschen hinweg gefällt, die bayerische Kultur des „Leben und leben lassen“ wird immer öfter mit Füßen getreten. Die bayerische FDP will als Partei der Freiheit und der Verantwortung in der Landespolitik Motor und Korrektiv zugleich sein. Die FDP ist der deutlichste Kontrast zu Schwarz. Deshalb meine Bitte an Sie: Geben Sie am 28. September 2008 Ihre beiden Stimmen der FDP – für Wirtschaftskompetenz, für moderne Bildungspolitik und für die „Liberalitas Bavariae“!

Ihr

Martin Zeil,
FDP-Spitzenkandidat zur Landtagswahl 2008

Unsere Politik für Mittelstand, Handwerk und Freie Berufe:

Die bayerische Wirtschaft ist geprägt von mittelständischen Betrieben, vielen kleinen und mittleren Unternehmen, Handwerkern und Dienstleistern, freien Berufen und kreativen Menschen, die aus ihren Ideen Produkte machen und in Bayern die meisten Ausbildungs- und Arbeitsplätze schaffen. Eine vorausschauende Wirtschaftspolitik muss die Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Unternehmen stärken und ein Klima der Verantwortungsbereitschaft und Selbständigkeit schaffen. Die CSU hat in Bayern und im Bund durch massive Steuer- und Abgabenerhöhungen, hohe Bürokratielasten und die Verweigerung nachhaltiger Reformen der sozialen Sicherungssysteme den Erfolgsweg der Sozialen Marktwirtschaft verlassen. Die FDP setzt dieser staatswirtschaftlichen Politik ihre Wirtschaftskompetenz und ihren Sachverstand entgegen.

Wir wollen:

- eine angemessene Beteiligung mittelständischer Unternehmen an öffentlichen Auftragsvergaben. Die private Aufgabenerledigung hat Vorrang vor einer allgemeinen wirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand.
- ein einfaches und unbürokratisches Ladenschlussgesetz.
- ein einfacheres, niedrigeres und gerechteres Steuersystem und die massive Senkung von Beiträgen und Abgaben, damit den Bürgern mehr „Netto“ vom „Brutto“ bleibt.
- ein Bürgergeld mit Leistungsanreizen statt eines gesetzlichen Mindestlohns, der Arbeitsplätze vernichtet.

- eine mittelstandsfreundliche Unternehmenssteuerreform mit einem einheitlichen Steuersatz von 25% für Personen- und Kapitalgesellschaften.
- die Übertragung der Kompetenz für die Erbschaftssteuer auf die Länder mit dem Ziel, sie in Bayern abzuschaffen.
- Bagatellsteuern wie z.B. die „Zweitwohnungssteuer“ abschaffen.
- die Bayerische Landesbank privatisieren, damit zukünftig die Steuerzahler nicht mehr für die Folgen verletzter Aufsichts- und Kontrollpflichten herangezogen werden.

Unsere Bildungspolitik:

Bildung ist die Voraussetzung für die Teilhabe Aller an der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung und für ein freies und eigenverantwortliches Leben. Die Startchancen für unsere Kinder müssen verbessert werden. Deshalb setzen wir einen Schwerpunkt auf die frühkindliche Bildung. Mit mehr Wettbewerb zwischen den Bildungseinrichtungen sorgen wir für eine Verbesserung des Bildungsangebotes. Die bayerische FDP will die selbständige Schule, frei von ministerieller Bevormundung. Sie soll bundesweite Bildungsstandards erfüllen, aber durch größtmögliche Freiheit in organisatorischer, personeller und pädagogischer Hinsicht erreichen, dass kein Kind unser Bildungssystem ohne Abschluss verlässt. Schulen in freier Trägerschaft tragen zur Bildungsvielfalt entscheidend bei. Damit alle Eltern freie Schulwahl haben, bedürfen die privaten Schulen der besseren finanziellen Unterstützung.

Wir wollen:

- Chancengerechtigkeit am Start durch ein bedarfsdeckendes Angebot an Kinderkrippen, den Rechtsanspruch auf einen Kinderkrippenplatz unter Beachtung des Konnexitätsprinzips sowie flexible Öffnungszeiten der Kindertagesstätten.
- die Kindertagesstätten in die Zuständigkeit des Kultusministeriums zurückführen
- mehr Geld in Bildung investieren. (Bayern gibt im Vergleich zu anderen Industrienationen, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, viel zu wenig für Bildung aus.)
- ein umfassendes Investitionsprogramm zum Ausbau von Ganztagschulen als flächendeckendes Angebot für alle Schularten von der 1. bis zur 10. Klasse.
- eine regionale Schulentwicklung erlauben, die maßgeschneiderte Schulkonzepte vor Ort ermöglicht und Kooperationen zwischen unterschiedlichen Schultypen zulässt.
- eine Aufhebung der überholten Schulsprengelregelung.
- eine längere gemeinsame Schulzeit vom 1. bis zum 6. Schuljahr mit flexiblen Übergängen für besonders begabte Schüler ab dem 4. Schuljahr.
- das achtjährige Gymnasium als gebundene Ganztagschule mit pädagogischem Konzept anbieten und die Intensivierungsstunden sicherstellen.
- den bayerischen Schulen und Hochschulen größtmögliche Autonomie in organisatorischer, inhaltlicher, personeller und finanzieller Hinsicht geben.